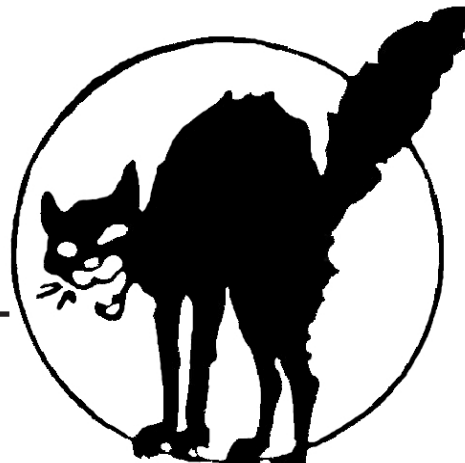


# di schwarzi chatz

Zeitung der Freien Arbeiter\_innen Union in der Schweiz



## Fight the Polizei-Gesetz

Der Grossrat des Kantons Bern hat letztes Jahr ein neues Polizeigesetz durchgedrückt. Nebst mehr ausufernden Kompetenzen für die Polizei zur Überwachung wird auch das Demonstrationsrecht attackiert. Die ausserparlamentarische Linke hat das Referendum ergriffen.



*Mindestabstand 20 Meter für Gummischrot? Nicht ganz. Die Police Bern (Kantonspolizei) nimmt es nicht immer so genau mit dem Gesetz.*

### Repression in Zeiten der Sparpakete

Das neue Polizeigesetz kommt nicht zu einem überraschenden Zeitpunkt. Der Grossrat ist seit der Finanzkrise auf der radikal-neoliberalen Schiene: Steuervergünstigungen für die Reichen<sup>1</sup>, Abbau der Sozialleistungen für die Armen und stärkere Unterdrückung, falls es angesichts dieses Klassenkampfes von Oben zu Widerstand und Widerspruch kommen sollte. Dies ist der Kontext, in dem das Polizeigesetz im Parlament angenommen wurde. Es ist die juristische Aufrüstung für die bezahlten Staatssöldner\_innen in Blau, der Kantonspolizei Bern. Und es ist auch der Versuch, wieder Ruhe und Ordnung in die Kantons- und Landeshauptstadt Bern zu bringen, welche des öfteren Schauplatz von politischem Widerspruch auf der Strasse ist.

<sup>1</sup> Diese wurde jedoch im November von der Stimmbevölkerung wieder kassiert.

### Freie Fahrt für die Polizei

Bisher müssen Observationen, Vorermitlungen und verdeckte Fahndungen von der Staatsanwaltschaft absegnet werden. Neu soll dies erst für eine Zeit länger als einem Monat nötig sein. Bis dahin hat die Polizei freie Hand, zu bespitzeln, zu beobachten und zu tun, was sie will. Dabei wird vergessen, dass solche Mittel nicht nur zur „Strafauflärung“ geeignet sind, sondern auch, um politisch unliebsame Gegner\_innen einzuschüchtern und zu verunsichern. So haben z.B. auch Zivilpolizist\_innen in Demonstrationen den Effekt, dass besonders gegenüber Neulingen Misstrauen herrscht statt der Bereitschaft, diese zu integrieren. Solche Massnahmen können also auch den Neuzustrom von politischen Aktivist\_innen behindern.

(weiter auf Seite 2)

Januar/Februar 2019

Nr. 56, 11. Jahrgang

ISSN 1664-6096

www.faubern.ch | zeitung@faubern.ch

### In dieser Ausgabe

**Alles ausser Bella Vita** 4

Pizza Bella Vita im Berner Obstberg bezahlt seinen Pizzakurier\_innen miserable Löhne: Gerade mal 8 Franken auf die Stunde.

**Alle gegen Macron** 4

Die Gilets Jaunes in Frankreich eint der Hass auf Macron. Die Bewegung ist politisch so breit, dass sich kaum eine Führung herausbilden kann. Die Regierung fährt nun alles gegen sie auf.

**Das Problem mit der Einheitsfront** 6

Angesichts des aufsteigenden Faschismus wird heute wieder eine linke Einheitsfront gefordert. In der Vergangenheit waren diese jedoch stets autoritär und auf Parteien aufgebaut.

Landesstreik 1918: Teil 3

**Die Niederlage der Arbeiter\_innenklasse** 7

Am 11. November stand die Schweiz still: über 250'000 Menschen streikten. Doch die bis dahin grösste Massenmobilisierung endete in einem Debakel für die Arbeiter\_innenbewegung, von dem sie sich nie ganz erholte.

### Rubriken

Kultur 11  
Rechtliches 12

## Editorial

Das neue Jahr ist da. Äs guets Nöis euch allen. Politisch bietet das neue Jahr leider wenig Neues im Westen: Immer noch gibt es eine politische Polarisierung der westlichen Gesellschaften. Und weltweit geht die Jugend auf die Strasse, um die Regierungen zum Handeln gegen den Klimawandel zu bewegen.

Und in Frankreich hat der Reformer Macron mit seiner Ökosteuer auf Benzin und Diesel einen Flächenbrand der Empörung und Widerstands ausgelöst. Die Betroffenen seines Klassenkampfes von Oben proben nun den Aufstand. Die Regierung packt derweil die Peitsche aus (siehe Seite 4).

Ähnliches passiert in Bern. So soll auch in hier ein Polizeigesetz eingeführt werden, welche die aktivistische Linke finanziell in den Ruin treiben könnte... und gleichzeitig zu mehr Gewalt führen könnte (siehe Frontartikel).

Massive Repression vom Schweizer Staat ist leider kein neues Phänomen. Der letzte Teil der Serie zum Landesstreik behandelt den dreitägigen Generalstreik. Was ein Schritt vorwärts hätte sein sollen, endete aufgrund der Repression des Staates und der interner Streits in der Linken. Der Landesstreik war ein Debakel für die Arbeiter\_innenbewegung und führt auch heute noch zu Zwist in der Linken (siehe Seite 7)

Wie eine linke Bündnispolitik aussehen soll, wird uns aufgrund der staatlichen Angriffe von Rechts in Zukunft stärker beschäftigen müssen. Warum diese nicht in einer Einheitsfront geschehen darf, legt B.B. auf Seite 6 dar.

Zum Schluss möchten wir hier noch auf unverschämte Hungerlöhne hinweisen: Pizza Bella Vita im Berner Obstberg verstösst gegen verschiedene Arbeitsgesetze und bezahlt ihren Pizakurrier\_innen gerade mal 8 Franken auf die Stunde! Wir fordern alle solidarischen Menschen dazu auf, den Betrieb bis auf Weiteres zu meiden.

**auf ein kämpferisches neues Jahr eure Fauistas**

## Polizeigesetz Bern (von Seite 1)

### Robocops<sup>2</sup> sind keine Roboter

Das neue Gesetz bzw. prinzipiell das Konzept der Polizei vertraut darauf, dass Polizist\_innen keine Menschen seien, sondern Maschinen, welche nach objektiven Grundsätzen und ohne politische Agenden arbeiten würden. Gerade in Bern ist dies ein Hohn. Denn besonders der Konflikt zwischen Polizei und Reitschule zeigt immer wieder auf, dass die Polizei sehr wohl politisch agiert. So erfolgen die gross angelegten Razzien überdurchschnittlich oft nach der Vereidigung neuer Polizist\_innen. Es ist nicht



Drogenrazzia in der Reitschule. Links ziehen die glatzköpfigen Zivilpolizisten einer Besucher\_in an den Haaren, rechts würgen sie jemanden.

Verschwörungstheorie, sondern Fakt, dass die Polizei solche Einsätze als Feuertaufe für neue Polizist\_innen verwendet. Und so kommt es dann zu Szenen, wie am 2. September 2018: Ein „ganz zufällig“ abgestelltes Dispositiv stürmte den Vorplatz, nachdem zwei Polizist\_innen in Leuchtwesten vertrieben worden waren. Danach folgten mehrere Stunden der polizeilichen Belagerung und Gewalt, inklusive von der Polizei aufgemalten Smileys auf den Gummigeschossen. Die Polizei stritt dies zuerst ab, mit der Begründung, dies sei verboten. Doch Polizist\_innen sind auch nur Menschen und machen auch verbotene Sachen. Doch gerade jene Personen, welche die Menschlichkeit der Polizei nach Angriffen auf diese betonen, wollen nun solche fehlerbehafteten Menschen mit Allmach-

<sup>2</sup> Als Robocops bezeichnet man Polizist\_innen in Vollmontur an Demonstrationen. Der Begriff ist angelehnt an den gleichnamigen Film von 1987.

ten ausstatten. Also jene Leute, welche im November eine Sauvage in der Lorraine brutal räumten, inklusive Drive-By-Gummischrot-Attacken aus dem fahrenden Polizeiauto. Jene Beamten, welche seit ein paar Jahren wieder skrupelloser und brutaler Vorgehen, sollen nun noch mehr Kompetenzen erhalten. Sie haben sich aber ohnehin schon lange nicht mehr an das Gesetz gehalten, ohne dass daraus je Sanktionen gefolgt wären.

### Krude Bewilligungslogik

Oftmals wird von bürgerlicher Seite kritisiert, dass viele Demonstrationen in Bern nicht bewilligt sind. Doch gerade die neue Kostenüberwälzung bei „gewalttätigen“ Demonstrationen wird diesen Umstand nochmals verstärken und nicht abschwächen. Neu sollen Organisator\_innen von Demonstrationen mit bis zu 30'000 CHF am Polizeieinsatz beteiligt werden. Dieses finanzielle Risiko können sich gerade Basisorganisationen nicht leisten und demonstrieren daher lieber unbewilligt. Doch auch dafür hat die Kapo eine „Lösung“ gefunden. Die Kostenüberwälzung soll auch bei Kundgebungsteilnehmer\_innen gelten. Es steht

zwar im neuen Gesetz, dass Menschen, welche sich nach Aufforderung entfernen, straffrei bleiben. Jedoch gilt ähnliches schon für Landfriedensbruch. Und in solchen Situationen musste schon mehrmals festgestellt werden, dass die Durchsagen schlichtweg nicht hörbar sind. Gibt die Kapo doch lieber massig Geld für neue Gummigeschosse aus, hat jedoch immer noch Durchsagelautsprecher, welche in ihrer Verständlichkeit selbst den Boomboxen auf dem Vorplatz unterlegen sind.

### Einschüchterung der Strasse

Im Klartext heisst beides, dass die Polizei ein überrissenes Aufgebot machen kann, welches die Demonstrierenden berappen müssen. Dabei muss angenommen werden, dass der Abschreckungseffekt, an Demonstrationen teilzunehmen, nun noch mehr steigen wird. Bald müsste mensch sich nicht nur fürchten, von einem Ram-

bo-Cop verprügelt oder beschossen zu werden, sondern auch in den finanziellen Ruin getrieben zu werden. Und dies nur einer freien Meinungsäusserung wegen. Auf der anderen Seite könnte dadurch auch der Anteil der komplett Vermummten nochmals zunehmen, was auch abschreckend gegenüber der Öffentlichkeit wirkt.

### Schlag gegen Bevölkerung getarnt als Kreuzzug gegen den Jihad

Seit den Anschlägen des 11. Septembers 2001 ist die westliche Welt in den heiligen *War on Terror* getreten. Seither übertreffen sich die Staaten in neuen Sondermassnahmen und Kompetenzen für die Polizei und die Geheimdienste. Die als Antwort auf die Anschläge in Frankreich verhängten Notstandsgesetze wurden mittlerweile

### Racial Profiling und Anti-Ziganismus

Das bürgerliche Parlament befand es nicht für nötig, ausdrücklich im Gesetz zu erwähnen, dass Racial Profiling, also die Kontrolle und Schikanierung von Menschen nur aufgrund ihrer Hautfarbe oder Ethnie, verboten ist. Racial Profiling gebe es nicht, so die Begründung. Wer in Bern wohnt, weiss dass dies eine glatte Lüge oder Realitätsfremdheit der Gesetzmachenden ist. Letzteres sollte nicht erstaunen: Die meisten Grossrät\_innen sind weisse Mittelstandsmänner oder Bonzen. Statt dem Verbot folgen nun noch grössere Kompetenzen, um rassistisch vorzugehen, ohne eine unabhängige Beschwerdestelle. Ausserdem müssen Polizist\_innen auch nicht mit ihrem Namen gekennzeichnet sein. Und im

rationen umzugehen habe. Dabei hat die Stadt mit der Auflösung der Stadtpolizei 2008 schon viele Kontrollmechanismen über die Polizei verloren. Es werden also Gemeinden wie z.B. Frutigen und Hasle-Rüegsau darüber mitbestimmen, wie Demonstrationen in der Stadt auszusehen haben und niederzuschlagen sind.

### Ab in den Untergrund?

Das neue Gesetz ist alles in allem ein Rundumschlag gegen die Bevölkerung. Das Ziel ist klar: ein harter Schlag gegen die relativ gut aufgestellte linksradikale Bewegung in Bern. Das Gesetz zielt darauf ab, den Widerstand mehr in den Untergrund zu drängen. Denn wenn Organisator\_innen und Teilnehmer\_innen solche Strafen drohen, werden die Demonstrationen abnehmen, oder eben noch gewalttätiger werden. Denn nun droht nicht nur eine saftige Busse wegen Landfriedensbruch, sondern auch der finanzielle Ruin. Da wird sich niemand mehr so einfach festnehmen lassen, wie dies z.B. an der Afrin-Demonstration geschah<sup>3</sup>. Als sich die Demonstration dem Ende zu neigte, kesselte die Polizei. Die Demonstrierenden liessen sich ohne Gegenwehr festnehmen. Ob dies mit dem neuen Polizeigesetz so bleiben wird, ist wohl mehr als fragwürdig.



*Afrin-Solidaritätsdemonstration im April 2018: Entgegen den Behauptungen der Polizei, handelte es sich nicht um „Linksextreme Gewalttäter“. Der Demonstrationzug liess sich im Gegenteil gewaltlos festnehmen.*

normalisiert, ähnliches gilt für die USA. Der Krieg gegen den Terror wird auch in diesem Gesetz als Legitimation vorgeschoben. Der Staat schürt die Angst der Menschen vor dem Terror, um sie dazu zu bringen, ihre Freiheiten für eine falsche Sicherheit aufzugeben. Erfahrungsgemäss richten sich diese Gesetze jedoch viel öfter gegen die politischen Feind\_innen der Polizeivorsteher\_innen. Sprich: Gegen Linke und Migrant\_innen. Der rechtsextreme *Nationalsozialistische Untergrund NSU* in Deutschland konnte jahrelang unter dem Schutz des Geheimdienstes morden, während linke Friedensgruppen von Spitzeln unterwandert und sabotiert wurden. Die Polizei schützt nicht die Bevölkerung, sie schützt als erstes sich selbst, dann den Staat und vielleicht am Schluss noch die Bevölkerung, wenn sie gerade Bock hat.

Beschwerdefall ermittelt dann die Justiz gegen sich selbst. Zu Entlassungen oder gar nur Rügen kommt es daher nur, wenn Polizist\_innen gegen ihre Kolleg\_innen aussagen, das passiert alle Jahrhunderte vielleicht einmal. Gleichzeitig ist der Grossrat auch auf den Zigeuner\_innenhass aufgesprungen und will nun erlauben, Fahrende noch schneller vertreiben zu können. Gleiches gilt auch für Randständige, welche der Kanton gerne von den öffentlichen Plätzen entfernt wissen möchte.

### Kanton, halt die Fresse!

Stossend an der Gesetzesüberarbeitung ist auch, dass der bürgerliche Kanton somit auch z.B. der Stadtregierung Bern vorschreiben will, wie sie mit Demonst-

### Ablehnung des Gesetzes unwahrscheinlich

Es wäre ausserordentlich wichtig, dass dieses Gesetz abgelehnt würde. Doch schon das Referendum kam nur knapp zustande. Das Problem mit solchen Polizeigesetzen ist das Vertrauen, welches grosse Teile der Bevölkerung fälschlicherweise in die Polizei und den Rechtsstaat setzen. Viele Leute, besonders auf dem Land, wissen nicht, dass nach den Hooligans und den Linksradikalen sie selbst das Opfer der staatlichen Repression werden könnten. Und dies obschon sich jeder Stammtisch über die Willkür bei Verkehrskontrollen auslässt.

FAT

<sup>3</sup> Dort sind mittlerweile über hundert Anzeigen wegen Landfriedensbruchs und z.T. sogar wegen versuchter Sachbeschädigung gemacht worden. Dabei war der Landfriedensbruch auf „schwere Gewalt gegen Sachen“ gestützt.

# Alles ausser Bella Vita

**Der Name ist Hohn. Die Pizzeria Bella Vita im Obstberg in Bern will Ausfahrer\_innen Verhungerlöhne bezahlen.**

Bella Vita, schönes Leben, steht auf der Store über dem Eingang zum Lokal. Eigentlich ein guter Name für eine italienische Pizzeria. Ein Name der alle Italienklischees heraufzubeschwören vermag. Der einstöckige Anbau im Berner Obstbergquartier sieht aber dann doch mehr nach Fastfood aus. Für alle, die hier eintreten, um zu arbeiten, ist der Name aber nur noch blanker Hohn. Denn für den Lohn den der Chef des Pizzakuriers einem Ausfahrer zahlen will, kann man sich ein schönes Leben nicht leisten. Und ein schlechtes auch nur knapp. Essensauslieferer\_innen haben zwar fast immer einen stressigen und schlecht bezahlten Job und auch fast immer unsichere, also prekäre Arbeitsbedingungen, doch selten ist ein Betrieb so dreist einen Lohn zu bezahlen, der nicht einmal das Existenzminimum erreicht. Bei *Bella Vita* ist dies der Fall.

Eine Person aus dem Umfeld der FAU Bern stellte sich bei dem Betrieb vor und erkundigte sich nach Lohn und Arbeitsbedingungen. Die Antwort eines gewissen Yusuf: Es gäbe keinen Stundenlohn, sondern es werde nach Schicht à 6 Stunden (17-23 Uhr) bezahlt. Und zwar ganze 50 Franken pro Schicht!

Da der Bewerber dies nicht fassen konnte, fragte er nach, ob es 50 Franken pro Stunde seien. Worauf Yusuf antwortete: Nein für die sechs Stunden, aber arbeiten müsse man eh nur so ungefähr zwei und gratis Pizza könne mensch auch haben. Mal abgesehen davon, dass die Arbeit auch noch schwarz gewesen wäre. Wer sechs Stunden an einem vom Betrieb vorgegebenen Ort ist, arbeitet sechs Stunden. Basta! Und ein Lohn von 8.33 pro Stunde ist nicht einmal für einen Lehrling im vierten Jahr wirklich in Ordnung. Interessant ist auch

**Pizza Bella Vita?  
Bella Merda!**

**Dieser Betrieb bezahlt  
miese Löhne!**



die Rechtfertigung des Betriebs: Es kämen viele Schüler\_innen (da mit einem Auto ausgefahren wird, wahrscheinlich eher Student\_innen) und die seien froh, etwas verdienen zu können.

Bei so viel Dreistigkeit möchten wir allen irgendwie bewusst denkenden Menschen ans Herz legen, sich die Pizza doch von einem anderen Betrieb liefern zu lassen und *Pizza Bella Vita* entweder ein Umdenken oder den sang- und klanglosen Untergang zu wünschen.

SMF

## Alle gegen Macron

**In Frankreich ist – auch für die Linke – mit den Gelbwesten (Gilets Jaunes) überraschend eine Bewegung entstanden, welche sich politisch schwer fassen lässt. Was sich anfangs als Protest gegen eine Benzinpreiserhöhung präsentierte, entwickelt sich immer mehr zu einer Revolte ums Ganze. Doch auch die Rechtsextremen versuchen die Bewegung für sich zu vereinnahmen. Auf der anderen Seite macht der Staat langsam ernst.**

### Akt 1: Am Anfang war die Steuer

Entzündet hatte sich die Bewegung am Vorhaben der Regierung, eine Ökosteuer auf fossile Brennstoffe zu erheben. Am 17. November 2018 kam es landesweit zu über 2000 Strassensperren und Demonstrationen, woran sich ca. 300'000 Menschen beteiligten. Es war kein Zufall, dass gerade das Verkehrsnetz lahmgelegt wur-

de. Denn von dieser Steuer wird ein Teil der prekär Lebenden am schlimmsten getroffen: Jene Menschen, welche sich keine teure Wohnung in den Städten leisten können. Gerade die arbeitenden Massen sind auf ein Auto angewiesen, um zu einem oftmals noch schlecht bezahlten Arbeitsplatz fahren zu können. Diese Gebundenheit an ein Auto hat sich mit dem Abbau des öffentlichen Verkehrs ausserhalb der Städte nochmals verschlimmert.

### Gewerkschaftsferner Ursprung

Die Steuererhöhung war jedoch nur der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Die Reformen der letzten paar Staatspräsidenten Frankreichs waren immer gegen unten gerichtet. Selbst der vorherige „sozialistische“ Präsident Hollande strebte eine Lockerung des Arbeiterschutzes an. Wie nun Macron wollte er damit ganz neoliberal die Wett-

bewerbefähigkeit Frankreichs steigern. Daraus entstanden die Proteste gegen die „Loi Travail“, welche vor allem von der Linken und den Gewerkschaften getragen wurde. Doch ausgerechnet die Gewerkschaften waren nun bei den neuen Protesten anfänglich aussen vor. Es scheint, dass sich die Gelbwestenbewegung grösstenteils aus nicht gewerkschaftlich organisierten Menschen zusammensetzt. So kann die Bewegung auch als Aufstand des Prekariats gesehen werden, also einer Gruppe der Bevölkerung, welche gewerkschaftlich nie erreicht wurde, aber gerade gewerkschaftliche Organisation am nötigsten hätte. Wie schon die Aufstände des arabischen Frühlings organisiert sich dieser Widerstand über die sozialen Medien<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> Ironischer Weise haben sich nun im Ursprungsland des arabischen Frühlings, Tunesien, auch Bewegungen gegründet, welche sich an die Gelbwesten anlehnen. Tunesien war zudem früher eine französische Kolonie.

## Feindbild Macron

Mittlerweile ist der Forderungskatalog angewachsen und umfasst unzählige soziale Missstände: Mindestlöhne, Wohnungspreise, Rentensenkungen, kaum Mitsprache im zentralistischen Frankreich, Steuersenkungen für die Bonzen und Steuererhöhungen für Besitzlosen. Besonders der letzte Punkt erhitzt die Gemüter. Der grosse Reformier Macron versprach viel in seinem Wahlkampf, gehalten hat er wenig davon. Stattdessen schaffte er die Vermögenssteuer ab und erhöhte gleichzeitig die Sozialabgaben. Seit seinem Amtsantritt hat sich Macron immer unbeliebter gemacht in der Bevölkerung. So klagte ein Mann über das Leid seiner Arbeitslosigkeit, Macron antwortete ihm, er müsse doch nur über die Strasse gehen um einen Job zu finden. Damit bewies der ehemalige Investmentbanker einmal mehr, wie wenig Beziehung er zur Unterschicht hat. Es fallen Vergleiche mit den volksfremden Königen vor der französischen Revolution 1789. Jene Revolution, worauf sich auch die heutige Bewegung bezieht und teilweise herbeisehnt.

## Keine (einheitlichen) Anführer\_innen

Die Bewegung wurde nicht von den Gewerkschaften losgetreten. Daher hat sie im Vergleich zu Protesten der letzten Jahre auch keine Sprecher\_innen, keinen zentralistischen Forderungskatalog und bisher auch keine gemeinsame Vision. Die Ideen reichen vom faschistischen Putsch bis zur anarchistischen Revolution. Die Regierung versucht verzweifelt machthungrige und korruptierbare Verhandlungspartner\_innen ausfindig zu machen. Die grossen Gewerkschaften wie die CGT wären höchst erfreut, sich in dieser Rolle zu sehen. Und dort liegt auch das Problem mit den zentralistischen Gewerkschaften: Diese versuchen sich an die Spitze der Bewegung zu setzen, die Bewegung lehnt bisher jegliche Führung ab. Als selbsternannte Delegationen sich mit der Regierung treffen wollten, wurden diese „Delegationen“ bedroht und so zum Rückzug gezwungen. Wenn die Zentralgewerkschaften sich weiterhin arrogant an die Spitze setzen wollen, werden sie die Kluft zwischen ihnen und dem Prekariat nur noch vergrössern. Mit dieser Führer\_innenlosigkeit können sowohl die Regierung als auch die Medien sehr schlecht umgehen.

## Peitsche, Zuckerbrot, Peitsche

Die weiteren Akte – so werden die samstäglichen Demonstrationen auch genannt – zogen sich mittlerweile bis ins neue Jahr hinein. Die Regierung hatte wohl darauf gehofft, dass die Proteste nach den Ferien – wie üblich in Frankreich – abflachen würden. Doch nachdem die Demonstrationen nach den Weihnachtmarktattentaten in Strassbourg Mitte Dezember abzuflachen schienen, nahmen anfangs Januar wieder mehr Menschen teil. Die Regierung scheint ratlos zu sein, wie mit den Protesten umzugehen sei. Hatte sie in den Anfängen noch mit Gewalt versucht, die Proteste aufzulösen, war sie in der



*Immer wieder werden Bezüge zur französischen Revolution gezogen. Die Marseillaise fungiert dabei nicht nur als Nationalhymne, sondern auch als Revolutionsgesang gegen den „Monarchen“ Macron.*

Zwischenzeit wieder zu Kompromissen bereit. So gab sich Macron am 10. Dezember in seiner Ansprache zur Lage der Nation versöhnlich und kündigte an, einige der Forderungen zu erfüllen. Er entschuldigte sich selbst für seine Arroganz gegenüber der Unterschicht, doch geholfen hatte es wenig. Die erhoffte Spaltung der Bewegung trat nicht ein, zu schwach war der Einfluss der nun besänftigten selbsternannten „Sprecher\_innen“ der Bewegung. Mittlerweile sattelt die Regierung wieder um. Es sollen neue Gesetze erlassen werden, welche Gewalt an Demonstrationen härter bestrafen soll und auch Aufrufe von unbewilligten Demonstrationen – keiner der bisherigen Akte war bewilligt – bestrafen soll.

## Angst in der Regierung

Die Vision, den Elysée-Palast – den Sitz Macrons – zu stürmen ist immer noch Thema. Anfangs Dezember wurde eine Provinz-Präfektur angezündet. Und am 5. Januar stürmten in Paris Demonstrant\_innen das Ministerium für Beziehungen zum Parlament und schlugen den dort anwesenden Regierungssprecher in die Flucht. Angriffe auf Regierungsgebäude sind mittlerweile keine Seltenheit mehr. Daher rührt wohl auch die Repression, welche die Regierung zu ihrem Schutz vor der Bevölkerung auffahren will. Doch schon jetzt sind jeden Samstag zehntausende Polizist\_innen aufgeboden.

## Politisch uneindeutig

Momentan versucht die Regierung, die Proteste in den rechtsextremen Rand zu drängen und somit einen Keil zwischen sie und der Bevölkerung zu treiben. Die Bewegung scheint sich jedoch bisher nicht einem politischen Lager zuordnen zu lassen. Nun sieht sich die Linke in einem Zweifrontenkampf gefangen: Gegen die Regierung und gegen die Rechtsextremen, welche die Bewegung zu vereinnahmen versuchen. Diese

Schlacht um die politische Ausrichtung der Bewegung scheint bis heute noch nicht endgültig ausgefochten. Das schlimmste, was die Linke in dieser Situation tun könnte, wäre angesichts rechtsradikaler Präsenz die Bewegung zu verlassen und somit die Deutungshoheit den Faschist\_innen zu überlassen. Denn Themen wie Arbeitslosigkeit, Armut, Freiheit und Mindestlöhne sind Themen, bei denen die Linksradikalen viel zu sagen hätten. Der Kampf um die Bewegung ist noch nicht vorbei.

*Am 22. Januar veranstaltet die FAU Bern zum Thema einen offenen Stammtisch  
Ab 19:30 Uhr im Säali der Brass Lorraine*

Adan Tifalgo

# Das Problem mit der Einheitsfront

In der letzten Ausgabe *di schwarzi Chatz* #55 wurde ein Text des *Lower Class Magazines* abgedruckt: „Chemnitz als Spiegel der Klassenkämpfe in Deutschland“ von Hovhannes Gevorkian. Darin wird die Frage aufgeworfen, wie Linke angesichts des bedrohlich voranschreitenden rechtsextremen Populismus angemessen reagieren sollen. Der Artikel beschreibt die gegenwärtige Situation als gefährlich: Der Rechtsextremismus ist auf dem Vormarsch und könnte so stark werden wie er schon mal gewesen war.

Auch wenn die vorgeschlagenen Ideen sich an die Linke im Allgemeinen wenden, nimmt der Artikel eine orthodox marxistische Position ein, die Anspruch auf Allgemeingültigkeit erhebt. Dies zeigt sich unter anderem daran, dass – unter Bezugnahme auf Rosa Luxemburg – die Notwendigkeit der Organisierung revolutionärer Kräfte in einer Partei diskussionslos als selbstverständlich vorausgesetzt wird.

## Keine Partei führt in die Freiheit

Bereits diese Annahme ist jedoch fragwürdig. Die Idee, dass proletarische Politiker\_innen parlamentarisch agieren, um nach erfolgreicher Revolution den Staat innerhalb einer Diktatur des Proletariats zu übernehmen, schien zwar bei Karl Marx und Friedrich Engels hübsch bündig formuliert. Ein Blick auf die gegenwärtige Sozialdemokratie und ihre Geschichte zeigt jedoch, wohin diese Idee führt – ganz zu schweigen von den „linken“ Totalitarismen des 20. Jahrhunderts, allen voran das katastrophale Ende der Russischen Revolution und der heute noch diktatorisch regierten Staaten China und Nordkorea. Auch ein kommunistisch regierter Staat bleibt ein Repressionsapparat.

Dass es höchste Eisenbahn ist, zu reagieren, steht ausser Frage. Hovhannes Gevorkian stellt fest: „Es ist aber von eminenter Bedeutung, dass die revolutionären Linken nicht nur in diese Kämpfe intervenieren, sondern dies auch mit einem Programm tun.“ Soweit, so gut. Auch die Aufforderung mit der Agitation innerhalb des eigenen sozialen Umfeldes, innerhalb der Familie, bei

Nachbarn und Arbeitskolleg\_innen zu beginnen, ist vernünftig. Um die im Artikel geforderten Minimalforderungen des sozialen Programms – Lohnerhöhungen, Rentensicherung – umzusetzen, sei „es notwendig, mit den Methoden und Taktiken der Einheitsfront zu arbeiten und in den Massenorganisationen der Beschäftigten sowie der Basis der reformistischen Parteien zu intervenieren.“ Die Aufforderung, die sich als logische Schlussfolgerung gibt, ist unvermittelt. Sie ergibt sich keineswegs aus dem Vorangehenden. Überhaupt, was hiesse, „mit den Methoden und Taktiken der Einheitsfront zu arbeiten“?



„Unter Führung der KPD“. Die Einheitsfront der Komintern war nie egalitär gemeint, sondern stets unter kommunistischer Führung. KPD-Plakat von 1932.

## Zur Geschichte der Einheitsfront

Die Kommunistische Internationale („Komintern“) verfolgte diese Strategie seit deren Weltkongress 1921. Einheitsfront, das klingt zunächst einmal wunderschön, es sprüht vor Idealismus. Mensch möchte sich unter diesem Begriff vorstellen, dass revolutionäre Linke ihre internen Differenzen überwinden und zu einem gemeinsamen Ziel zusammenschliessen!

Hinter dem historischen Konzept standen jedoch knallharte machtstrategische Überlegungen: Die Kommunistischen Parteien sollten sich für alltägliche Minimalforderungen der Arbeiter\_innen einsetzen wie eben Rentensicherung, bessere Arbeitsbedingungen, Lohnerhöhungen, dabei die Sozialdemokratie quasi links überholen, indem die KPs radikaler auftreten als die Sozialdemokrat\_innen, um das Vertrauen der Arbeiter\_innen zu gewinnen. Genauer: Das Vertrauen der Arbeiter\_innen in die KPs als glaubwürdige Avantgarde, welche erfolgreich die Revolution anführen würden. Die machtstrategische Idee war also, scheinbar gemeinsam mit anderen, auch reformistischen Fraktionen zu kooperieren, jedoch nur, um sich dadurch eine Vormachtsstellung aufzubauen. Es ging ihnen nie darum, den Proletarier\_innen bei der Organisation ihrer selbst oder der Durchsetzung ihrer selbst formulierten Anliegen zu unterstützen. Das Interesse der KPs lag bloss darin, eine Masse willfähriger Anhänger\_innen zu gewinnen. Wer Mitglied einer KP war, hatte nach ihrer Pfeife zu tanzen. Noch im „Einheitsfrontlied“ von Bert Brecht und Hanns Eisler aus dem Jahr 1934 – als die Taktik längst gescheitert war – klingt der Militarismus und die geforderte Parteidisziplin nach: „Links, zwei drei, links zwei drei / Reih Dich ein in die Arbeitereinheitsfront“.

Letztlich scheiterte diese Strategie im Deutschland der Weimarer Republik aus zwei Gründen: Einerseits war es zeitweilig erfolgreichen KP-Sektionen (Mecklenburg-Strelitz) nicht möglich, innerhalb der Einheitsfrontregierung den Staat als Hebel zum Erreichen einer „Diktatur des Proletariats“ einzusetzen. Besonders schwerwiegend war für den Aufstieg des Nationalsozialismus zweitens, dass die Führung der KPD ab 1928 bis 1934 es für wichtiger befand, die Sozialdemokratie als „linken Flügel des Faschismus“ zu diffamieren und zu bekämpfen, statt sich mit ihnen zu einem antifaschistischen Bündnis zusammenschliessen.

Insofern die Kader der Kommunistischen Partei auf ihrem Führungsanspruch innerhalb einer Einheitsfront bestand, wurden sie von Anarchist\_innen und Rätekommunist\_innen kritisiert.

Kam es tatsächlich zu funktionierenden antifaschistischen Bündnissen wie während des Ruhraufstandes im März 1920 als KPD, USPD (Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands) und die FAUD gemeinsam die Rote Ruhr Armee bildeten, wurden die teilnehmenden Kommunist\_innen von ihrer Führung dafür kritisiert, dass sie nicht auf dem Führungsanspruch bestanden.

Ein anderes, zumindest relativ positives Beispiel linker Bündnispolitik lässt sich aus dem spanischen Bürgerkrieg anführen. Die anarchosyndikalistischen Organisationen CNT/FAI arbeiteten mit der marxistisch-trotzkistischen Gruppe POUM zusammen. Konflikte und Feindschaften bestanden zuvor, doch diese Fraktionen wurden Zielscheibe stalinistischer Machtpolitik, sodass sie sich zur Zusammenarbeit entschlossen.

Die potentiellen Bündnispartner\_innen zu sabotieren und auszuschalten war dem Stalinismus wichtiger als der Kampf gegen den Faschismus.

Angesichts dieses historischen Hintergrundes ist hinter den Begriff der Einheitsfront ein grosses Fragezeichen zu setzen. Gewiss, aus der Interpretation historischer Ereignisse können niemals

logische Schlussfolgerungen gezogen werden. Deshalb hätte Gevorkian in seinem Artikel verdeutlichen sollen, auf was für ein Konzept der Einheitsfront er sich

bezieht: auf die historische machtstrategische Variante oder auf eine neue, anti-autoritär orientierte .



Die Antwort der SPD auf die Einheitsfront, ebenfalls aus dem Wahljahr 1932.

## Bündnisse heute

Bündnisse zum gemeinsamen Handeln sind aufgrund der Geschichte der Einheitsfront und der KPD nicht grundsätzlich abzulehnen. Linke würden sich bei grundsätzlicher Ablehnung in Sektierertum verlieren. Doch am sinnvollsten sind sie unter anti-autoritär orientierten Gruppierungen, die bereit sind, auf gleicher Augenhöhe zusammenzuarbeiten. Ein gerüttelt Mass Vorsicht ist bei gewissen Strömungen geboten. Denn wie die Geschichte der KPD zeigt, kann hinter der Rhetorik gemeinsamen Vorgehens der Plan stecken, sich eine Vormachtsstellung aufzubauen.

Wir dürfen uns nicht von Parteien und Funktionär\_innen bevormunden lassen! Organisieren wir uns selbst!

B.B.

## Der Landesstreik 1918 Teil 3

# Die Niederlage der Arbeiter\_innenklasse

**Nachdem Zürich anfangs November besetzt worden war, rief das Oltener Aktionskomitee (OAK) zum landesweiten Proteststreik auf. Daraus entwickelte sich ein unbefristeter Generalstreik in der Schweiz. Dieser endete im Debakel für die Arbeiter\_innen.**

### Was bisher geschah<sup>1</sup>

Der erste Weltkrieg brachte den Arbeiter\_innen Europas vor allem Tod, Krankheit und Elend. Oftmals waren es Arbeiter, welche an die Front geschickt wurden. Zurück blieben verwaiste Kinder und Frauen, welche nun die ganze Erwerbs- und Carearbeit übernehmen mussten. Auf der anderen Seite standen die Kriegsspe-

kulant\_innen und Rüstungsmagnat\_innen, welche sich am Krieg eine goldene Nase verdienten. In der Schweiz war gegen Ende des Krieges ein Grossteil des Proletariats abhängig von Notversorgung und Suppenküchen.

Es kam immer wieder zu Teuerungsdemonstrationen, Streiks und Arbeitskämpfen. Anfangs 1918 gründete sich das Oltener Aktionskomitee OAK, das als Bindeglied zwischen Gewerkschaften und der SP agieren sollte. Das OAK drohte dem Bundesrat zweimal mit dem Generalstreik, zog diese Drohung jedoch für faule Kompromisse zurück. Das OAK hatte im November 1918 die Pläne für einen Landesstreik verworfen, doch die Landesregierung machte schon seit Monaten Pläne, wie einem solchen zu begegnen sei. Besonders der General Wille war erpicht darauf, den Arbeiter\_innen zuvor-

zukommen. Als anfangs November sich Revolutionen in den verlierenden Mittelmächten Deutschland und Österreich-Ungarn ausbreiteten, sah Wille die Gelegenheit, gegen das Schweizer Proletariat vorzugehen. Am 6. November besetzte die Armee Zürich. Darauf rief die Zürcher Arbeiterunion den Generalstreik in Zürich aus. Das OAK, nun unter Zugzwang, rief ihrerseits einen eintägigen landesweiten Proteststreik für Samstag den 9. November aus. Doch Zürich streikte weiter und langsam breitete sich ausgehend von Zürich eine Streikbewegung aus, welche sich dem OAK als selbsternannte zentrale Befehlsstelle der Arbeiter\_innen widersetzte. Währenddessen mobilisierte die Landesregierung weitere Truppen.

<sup>1</sup> siehe dazu detaillierter auch *di schwarzi Chatz* #52 vom Mai/Juni `18 und #55 vom November/Dezember 2018.

(Fortsetzung auf Seite 8)

### Das OAK ringt um Kontrolle

Während das OAK am 10. November noch den erfolgreichen Proteststreik vom 9. November feierte, verteilte die Arbeiterunion in Zürich am 10. November bereits den Aufruf, den Generalstreik unbefristet fortzusetzen. Die sich ausbreitende Streikbewegung symbolisierte gleichzeitig einen Widerstand, die die selbsternannte Führungsfunktion des OAK nicht anerkannte. Unter dem Eindruck, dass die Bewegung der Partei und den Zentralgewerkschaften aus den Händen gleiten würde, beschloss nun das OAK auf Mitternacht vom Montag 11. auf den 12. November den unbefristeten, landesweiten Generalstreik auszurufen. Verbunden wurde dieser mit folgenden Forderungen:

1. Sofortige Neuwahl des Nationalrates auf Grundlage des Proporz
2. Aktives und Passives Frauenwahlrecht
3. Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht
4. Einführung der 48-Stundenwoche in allen öffentlichen und privaten Unternehmungen
5. Reorganisation der Armee im Sinne eines Volksheeres
6. Sicherung der Lebensmittelvesorgung im Einvernehmen mit den landwirtschaftlichen Produzierenden
7. Alters- und Invalidenversicherung
8. Staatsmonopole für Import und Export
9. Tilgung aller Staatsschulden durch die Besitzenden

Dies waren alles Forderungen, welche schon lange in der Arbeiter\_innenbewegung herumgeisterten, doch im Vergleich zu den Aufständen in den Mittelmächte-Ländern ein reformistisches, nicht ein revolutionäres Programm darstellten. Z.B. war das Proporzwahlssystem bereits einen Monat vorher beschlossen worden. Was die SP-Kräfte hier also hauptsächlich forderten, war die sofortige Beteiligung an der Regierung. Trotzdem endete der Aufruf mit einem pathetischen „kämpfend siegen oder sterbend untergehen“.

### Der Generalstreik rollt an

Und so entfaltete sich am 11. November nun der eigentlich auf Eis gelegte Plan zum Landesgeneralstreik, während die Donau-Monarchie mit dem Abtritt des Kaisers von Österreich aufhörte, zu existieren. Die Eisenbahner\_innen legten spätestens ab dem 12. November die Arbeit nieder, so dass kaum noch Züge fuhren.

## An das arbeitende Volk der Schweiz!

Wir unerwarteter Nacht und seltener Gelegenheit hat die Arbeiterklasse aller großen Städte des Landes durch einen 24stündigen Streik gegen die provisorischen Truppenangehörigen des Bundesrates protestiert. Das Externes Komitee, die leitende Arbeiterorganisation, hat im Anschluss an den glänzend verlaufenen Proteststreik die sofortige Durchführung der Forderungen verlangt.

Dieses Verlangen ist vom Bundesrat abgelehnt worden. In der kurzen Zeit, da im Ausland die demokratischen Freiheitskämpfer triumphiert, in dem geschichtlichen Augenblicke, da in den bisher monarchischen Staaten Tyrannen monnen und kramen über die Streiken rollen, im dem feierlichen Moment, da die Völker Europas aus einer Nacht des Grauens und des Schreckens ermannen und schütteln für einen glorreichen Kampf um die Freiheit der „kleinen Demokratie Europas“ die wenigen Freiheiten des Landes zu erlangen, den Belagerungszustand zu beenden und das Volk unter die Hand der Demokratie und Wahlfreiheit zu stellen.

Eine solche Regierung beweist, daß sie unfähig ist, der Zeit und ihren Bedingungen gerecht zu werden. Unter dem Vorwand, Ruhe und Ordnung, die innere und äußere Sicherheit des Landes zu sichern, legt sie Ruhe und Ordnung, die innere und äußere Sicherheit des Landes ins wüste Spiel. In einer ihr nicht zukommenden Annahme gibt sie sich als eine Regierung der Demokratie und des Volkes. In Wahrheit haben Demokratie und Volk in der denkwürdigen Abstimmung vom 13. Oktober den gegenwärtigen verantwortlichen Behörden des Landes das Vertrauen entzogen.

Diese Behörden haben das Recht vermisst, im Namen des Volkes und der Demokratie zu sprechen, von denen sie demokratisch worden sind. Sie haben das Recht vermisst, das Schicksal eines Volkes zu bestimmen, das ihrer Politik die Zustimmung verleiht. Jetzt ist der Augenblick gekommen, da das wertvolle Volk einen entscheidenden Einfluss auf die weitere Entwicklung des Staatslebens zu nehmen hat.

Sie fordern die ungezügelt umherlaufende Unterwerfung unter die Willkür der bestehenden Landesregierung unter der Führung der „Mittelmächte“. Wir fordern, daß die neue Regierung sich auf folgendes Minimalprogramm verpflichtet:

1. Sofortige Renouveau des Nationalrates auf Grundlage des Proporz
2. Aktives und passives Frauenwahlrecht
3. Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht
4. Einführung der 48-Stundenwoche in allen öffentlichen und privaten Unternehmungen
5. Reorganisation der Armee im Sinne eines Volksheeres
6. Sicherung der Lebensmittelvesorgung im Einvernehmen mit den landwirtschaftlichen Produzenten
7. Alters- und Invalidenversicherung
8. Staatsmonopole für Import und Export
9. Tilgung aller Staatsschulden durch die Besitzenden

### Verhängung des Generalstreiks durch das Oltener Aktionskomitee. Die Aufrufe an die „Wehrmänner“ verhallen ungehört.

Auf der anderen Seite kamen nun auch die von der Landesstreikkommission des Bundes ausgearbeiteten Vorschläge zur Niederschlagung zum Zuge: Propaganda für die Bevölkerung, Aufstockung des Truppenaufgebots auf 95'000 Truppen – ein Drittel des gesamten Armeebestands – und die Unterstellung des Bundespersonals unter das Militärrecht. Die Bestreikung des öffentlichen Verkehrs zeigte seine Wirkung: Im Metall- und Maschinensektor arbeiteten gerade mal noch 20% der Betriebe. Züge fuhren nur spärlich und unter militärischer Bewachung. Damit wollte Wille zeigen, dass der Verkehr nicht lahmgelegt sei. Doch mindestens 250'000 Menschen legten

während dieses Generalstreiks die Arbeit nieder. Dies war nebst dem Stillstand des öffentlichen Verkehrs auch den Blockaden und Streikposten zu verdanken, welche Streikbrecher\_innen erfolgreich von der Arbeit fernhielten.

### Der Versuch, den Frieden zu erkaufen

Sowohl der Zürcher Regierungsrat wie auch der Bundesrat fixierten sich auf die erste Forderung: Beteiligung an der Regierung. Beide Staatsorgane boten der SP an, sofort jeweils zwei Sitze in Bundesrat und Regierungsrat freizumachen und die Sitze der SP zu übergeben. Dies jedoch erst nach Abbruch des Streiks. Vielleicht war es die Hoffnung, es laufe wie in Deutschland. Dort hatte der konservative Flügel der Sozialdemokrat\_innen, die Mehrheitssozialdemokratische Partei MSPD alles daran gesetzt, die Revolution niederzuschlagen. Und im sozialdemokratisch dominierten Bern waren es tatsächlich die SP-Gemeinderäte welche das Personal der Stadt recht erfolgreich aufforderten, Streikbrecherei zu betreiben, während der SP-Polizeipräsident für „Ruhe und Ordnung“ sorgte.

### Die Schlacht um die Presse

Der Streik führte anfangs auch dazu, dass ausschliesslich sozialistische Zeitungen erscheinen konnten, womit sie das Monopol auf die Meinungsblätter hatten. So kam es auch immer wieder zu Falschmeldungen über Meutereien im Militär, ohne dass die bürgerliche Presse dem widersprechen konnte. Doch dieses Verhältnis kippte bereits am 12. November: Es wurden nicht nur zusammengelegte bürgerliche Extrablätter unter militärischen Schutz gestellt, sondern auch die sozialistischen Zeitungen verboten. Dies war die Vorstellung einer „ausgewogenen Presse“ der Landesregierung. Verteilt wurden die bürgerlichen Extrablätter von Student\_innen, welche damals grösstenteils noch der Oberschicht angehörten. Die Student\_innen aus dem Ausland waren meist selbst von den Revolutionen enteignet worden.

### Verhängung des allgemeinen Landesstreiks

Der Streik beginnt Montag den 11. November 1918, nachts 12 Uhr. Er soll die Arbeiter und Arbeiterinnen aller öffentlichen und privaten Unternehmungen aller Bundesorgane umfassen. Nachdem der Bundesrat die in dem befristeten Streik vom 9. November enthaltene Warnung mit neuen Forderungen fortzusetzen. Der Streik ist erst abgebrochen, wenn die unterzeichneten Organisationsinstitutionen es verfügen.

**Arbeiter!**  
Wir wählen auf euch! Wir erwarten, daß ihr unter Kampf, der die arbeitenden Massen einschließen soll, mit reifester Eingabe unterwirft. Lange genug habt ihr euch von der herrschenden Klasse mit dem Schwert und dem Bajonetten geprügelt. Nun muß die Langmut ein Ende nehmen, jetzt habt ihr entschlossen, im offenen Kampfe, wenn andere es nicht geht, für eure Interessen einzustehen.

**Wehrmänner!**  
Wir euch fordern die Herrschenden anzufragen, das gegenwärtige Regime mit Waffengewalt zu schänden. Euch müsst man zu, auf die eigenen Landeshäuser zu schicken, vor dem Herde, an eurer eigenen Front, euren eigenen Wunden nicht zurückzuführen. Ihr werdet das vermeiden. Ihr werdet nicht zum Helfer an den euren Anführern und Volksgenossen werden. Im Streikung blinder Kanaille forbert, wir euch auf, in allen mobilisierten Einheiten Soldaten zu bilden, die im Einvernehmen mit den Arbeiterorganisationen ihre Aufgaben zu teilen.



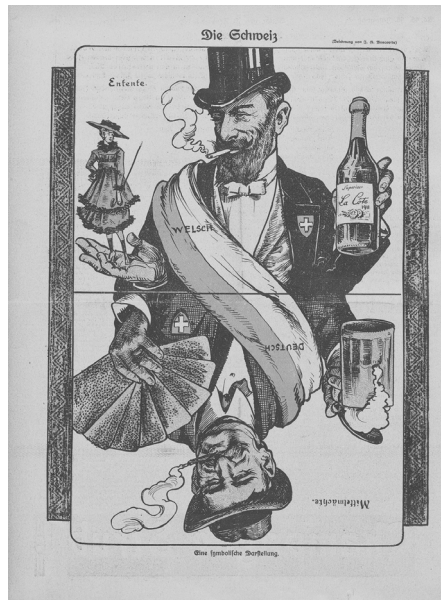
## Loyales Militär, bewaffnete Bürger\_innen

Die Meldungen der Berner Tagwacht über Meutereien waren schlichtweg falsch. Es war mehr Hoffnung als Fakt. Doch da der Bundesrat keine Generalmobilisierung anordnete, waren unter den 95'000 Soldaten fast ausschliesslich ländliche, der Regierung gegenüber loyale Truppen zu finden. Wo die Sozialist\_innen es schafften, Soldatenräte aufzubauen, wurden diese Divisionen schlichtweg nicht eingesetzt. Dies war ein massiver Unterschied zu den Aufständen in Deutschland und Österreich: Die dortige Generalmobilisierung sorgte für eine Ausbreitung von Soldat\_innenräten und führten z.B. in Wilhelmshaven dazu, dass die zur Niederschlagung herbeigerufenen Soldaten fast geschlossen zu den Aufständischen überliefen. So etwas war in der Schweiz nicht zu erwarten. Parallel wie in Deutschland bildeten sich bereits in den ersten Tagen Bürger\_innenwehren. So meldeten sich bereits am 11. November in Basel und Zürich jeweils über 6'000 Freiwillige. Die Berner Bäuer\_innen boten sogar an, bewaffnet die Arbeiter\_innen von den Strassen der Stadt Bern zu vertreiben.

## Ausserordentliche Bundesversammlung

Bereits auf den 12. November berief der Bundesrat die Bundesversammlung, also National- und Ständerat, zu einer Sitzung ein. Besonders der Bundesrat tat sich anfänglich mit Zuckerbrot und Peitsche hervor. Er betonte seinen eisernen Willen, die Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten, sprich scharf zu schiessen. Andererseits reichte er der Sozialdemokratie die Hand, bot eine Beteiligung an der Regierung an und machte überaus vage Andeutungen sozialer Reformen. Deren Umsetzung sollte jedoch nur auf parlamentarischem – also kontrollierbarem – Wege erfolgen. Die Führung der SP war dem nicht abgeneigt, die bürgerliche Mehrheit jedoch vehement. Die Session war geprägt von einer Verweigerung, soziale Reformen während des Streiks anzugehen und mit dem „revolutionären“ OAK zu verhandeln. Somit stärkte die Bundesversammlung auch der Landesregierung den Rücken, den Streikenden mit voller Härte und Kompromisslosigkeit entgegenzutreten. Immer wieder beteuerten die Parlamentarier: Wenn es

zum Bürger\_innenkrieg kommen sollte, dann mit vollster Härte. So stellte der Bundesrat dem OAK am 13. November ein Ultimatum: Der Streik sei bis 17.00 Uhr – später bis 24.00 Uhr – einzustellen und schob gleich noch nach, dass die Siegermächte bereits in Stellung seien, sollte der Schweizer Staat scheitern. Das war fast gelogen: Konkrete Pläne waren nicht vorhanden, sehr wohl aber Gedanken, militärisch



*Karikatur zum gespaltenen Verhältnis zu den Kriegsparteien.*

einzugreifen, falls ein Umsturz kommen sollte. Im Vergleich zu den Mittelmächten wäre der Umsturz in der Schweiz ein stärkeres Signal an die kriegsmüden Arbeiter\_innen der Alliierten gewesen als Revolutionen beim „Kriegsfeind“.

## Not auf beiden Seiten

Mit zunehmender Dauer des Streiks wurde die Lage immer prekärer: Die Bäuer\_innen drohten bereits, die Städte mit Nahrungsembargos zu belegen und somit die Arbeiter\_innen auszuhungern. Gleichzeitig wuchs täglich das militärische Aufgebot. Dazu kam die tödliche spanische Grippe. Doch diese machte keinen Unterschied zwischen den politischen Gesinnungen. Das Militäraufgebot sorgte eher dafür, dass die eng beieinander liegenden Militärverbände sich übermässig damit ansteckten. Spitäler, Kasernen und Lazarette waren gefüllt mit erkrankten Soldaten, so dass Sonderegger in Zürich gar auf die Festnahme der Streikenden im grossen Stil verzichten musste, da es keinen Platz gab.

## Das Ende

Das OAK versuchte in der Nacht des 13. Novembers dem Bundesrat vergebens noch Konzessionen abzurufen. Unter diesem Vorzeichen war klar, dass die Fortsetzung des Streiks früher oder später zu Zusammenstössen und wohl in den Bürger\_innenkrieg führen müsste. So entschied sich das OAK beinahe einstimmig für die bedingungslose Kapitulation, wie sie der Bundesrat gefordert hatte. Festgesetzter Zeitpunkt war 14. November 00:00.

Hastig machten sich die Vertreter\_innen des OAK daran, den aufgebrachten Arbeiter\_innen das Streikende zu begründen. Bei jenen machte sich jedoch nur Resignation und Wut breit über die Feigheit des OAK. Oder wie es Ernst Nobs ausdrückte: „Das Aktionskomitee hatte seinen Streikaufruf mit den Worten geschlossen: kämpfend siegen oder sterbend untergehen (...) sie haben weder kämpfend gesiegt, noch sind sie sterbend untergegangen. (...) sondern sie sind lebend nach Hause gefahren“. An anderen Orten verlangten einige Arbeiter\_innen nach einer Bewaffnung, um sich doch noch dem drohenden Bürgerkrieg stellen zu können.

In Grenchen versuchte eine Menschenmasse noch die Gleise zu sabotieren. Die heranrückende Division aus dem Waadtland eröffnete das Feuer, tötete drei Uhrmacher und verletzte Dutzende.

## Was bleibt?

Die Konterrevolution, wie General Wille sein Vorhaben selbst betitelt hatte, traf die Arbeiter\_innenschaft am Ende des Krieges vollkommen unvorbereitet. Dennoch entschied sich Wille für einen äusserst heiklen Zeitpunkt für seine präventive Besetzung der Städte. Rundherum war die Revolution im Gange, zeitweise kam sogar die Hoffnung auf, dass sich nun die „Welt“revolution in Europa ausbreiten würde. Der Zerfall Deutschlands und Österreichs war begleitet von revolutionären Bewegungen, welche sich sehr wohl auf ein sozialistisches Programm stützten.

Im Gegensatz dazu waren die Forderungen des OAK und auch der radikaleren Bewegung in Zürich sehr bescheiden, defensiv und reformistisch. Das OAK hatte sehr grosse Mühe, den Streikabbruch gegenüber den Arbeiter\_innen zu begründen.

**(Fortsetzung auf Seite 10)**

### Bis heute unerfüllte Forderungen

Wie sah es also mit der Umsetzung der neun Punkte aus? Auch wenn das Bürgertum keine Konzessionsbereitschaft während des Streiks zeigte, war die Angst vor den Arbeiter\_innen doch ein treibender Faktor für kleinere Reformen. So wurde die 48-Stunden-Woche bzw. der 8-Stundentag 1920 grösstenteils realisiert. Abseits davon wurden kleinere soziale Reförmchen erzielt. Manche der Forderungen wurden erst sehr viel später realisiert: Die AHV war zwar formell ab 1925 beschlossen. Umgesetzt wurde sie jedoch erst 1948, wieder unter dem Elend eines Weltkriegs. Eine radikale Schuldenbegleichung durch die Profiteur\_innen, also den reich Gewordenen, blieb aus.

### Frauen warten ewig

Die Revolutionen in Deutschland und Österreich brachten den Frauen kurz darauf das allgemeine Wahlrecht. Insgesamt führten zwischen 1915-1919 neun europäische Staaten das Frauenwahlrecht ein. Die europäischen Sieger\_innenstaaten des Ersten Weltkriegs warteten jedoch zu: In Grossbritannien kam es erst 1928, in Frankreich sogar erst 1944. Parallel dazu führten in der Zeit des Zweiten Weltkriegs bzw. zwischen 1944-48 sieben weitere Staaten das Frauenwahlrecht ein. Die Schweiz, die „älteste [Männer-]Demokratie Europas“ liess sich sehr, sehr viel Zeit. Erst 1971 wurde das Stimmrecht auf Bundesebene eingeführt, jedoch erst 1990 in allen Kantonen umgesetzt. Dies auch, da ausgerechnet die Arbeiter dieses zu einem grossen Teil ablehnten oder nicht als dringend erachteten. Jener Bevölkerungsteil in der Schweiz, welcher während des Krieges durch Doppelbelastung tendenziell am meisten leistete, wurde am längsten hingehalten.

### Die Bewegung erschläfft

Der Landesstreik kam zu einer relativen Hochzeit der proletarischen Kämpfe in der Schweiz. Doch der Abbruch des Streiks erschütterte die Bewegung nachhaltig. Die Massen distanzierten sich immer mehr vom Glauben an die nahe Revolution und somit auch vom Bewusstsein ihrer Stärke. Danach wurde es stiller um die Arbeiter\_innenbewegung.

Statt Klassenkampf propagierten bald schon SP und Gewerkschaften die Sozialpartnerschaft mit ihren ehemaligen Klassenfeind\_innen und nahmen sich selbst mit dem in den Gesamtarbeitsverträgen vereinbarten Verzicht auf Streiks ein wichtiges Instrument in Arbeitskämpfen. Die Sozialdemokratie hat sich seitdem durch die Verbreitung ihrer Wähler\_innenschaft immer mehr von den Nöten und Bedürfnissen der Arbeiter\_innen entfernt, was sich auch in der Zusammensetzung ihrer Wähler\_innen widerspiegelt: oftmals sind es akademisch ausgebildete Menschen, nicht mehr das Proletariat.

### Fazit

Der Landesstreik war von der falschen Seite sehr gut vorbereitet: Der Staat hatte sich ein halbes Jahr darauf vorbereitet und der Armeestab um Wille hatte ihn in einem schwachen Moment der Arbeiter\_innenschaft provoziert. Die erhoffte revolutionäre Welle, welche über die Mittelmächte hereinbrach, ebte an den Grenzen der Sieger\_innen ab. So stand die Schweizer Arbeiter\_innenschaft alleine da, auf der anderen Seite ein loyales Militär, welches bereit war, einen Bürger\_innenkrieg in Kauf zu nehmen und diesen wohl auch gewonnen hätte. Denn hinter ihnen waren die alliierten Staaten, welche einem revolutionären Umbruch nicht tatenlos zugeschaut hätten. Der Landesstreik hatte von Anfang an einen schwierigen Stand, eine Revolution

wurde selbst von den meisten Revolutionär\_innen zu diesem Zeitpunkt als erfolglos eingestuft. Trotzdem: Der Wille, den Streik weiterzuführen war verbreitet. Die bedingungslose Kapitulation spaltete jedoch die Arbeiter\_innenbewegung weiter und liess gleichzeitig die extreme Rechte erstarken. Der falsche Mythos der bolschewistischen Drahtzieher\_innen hinter dem Landesstreik hielt sich noch Jahrzehnte, beflügelte die Unterdrückung und auch die Bildung rechter Bürger\_innenwehren. Doch obschon der Landesstreik als Misserfolg angesehen werden muss, zeigte er auch die Stärke der Arbeiter\_innen. Aus Furcht vor einem erneuten Aufflammen der Unruhen wurden gerade in den folgenden Jahren Reformen in die Wege geleitet, auch wenn diese wieder abflachten, als die Bewegung am Boden und die Sozialdemokratie in der Regierung war. Zu diesem Zeitpunkt nahm die Angst vor einem Aufstand der Unterdrückten ab und somit auch die Notwendigkeit sozialer Zugeständnisse.

Doch gleichzeitig zeigt diese Tragödie auch, welche Angst die Mächtigen vor der kollektiven Arbeitsniederlegung haben. Einen Bürger\_innenkrieg zu riskieren, obschon die Landesregierung selbst die Revolutionsgefahr eher gering erachtete,



*Gleisblockaden wie diese waren ein effizientes Mittel, die Streiks der Eisenbahner\_innen aufrechtzuerhalten, nachdem letztere unter das Militärgesetz gefallen waren.*

zeigt diese Furcht. Streiks waren und sind immer noch ein mächtiges Mittel der Arbeiter\_innen. Doch mit dem Landesstreik endete auch die Zeit solidarischer Streiks. Die Furcht vor Streiks in der Bourgeoisie zeigt sich auch heute noch in den GAVs, welche Streiks zu verbieten versuchen. Und zu guter Letzt: Es war das „demokratische“ Parlament, welches den Schiessbefehl absegnete, und es würde es wohl wieder tun. Die Hoffnung der Arbeiter\_innen liegt in der Solidarität untereinander, niemals im Parlament. Die Macht der Unterdrückten formiert sich in den Strassen, nicht in der Wandelhalle Berns.

absegnete, und es würde es wohl wieder tun. Die Hoffnung der Arbeiter\_innen liegt in der Solidarität untereinander, niemals im Parlament. Die Macht der Unterdrückten formiert sich in den Strassen, nicht in der Wandelhalle Berns.



## Die FAU? Was ist das?

Die Freie Arbeiter\_innen Union Bern ist eine Gewerkschaftsinitiative aus dem Raum Bern. Aufbauend auf anarcho-syndikalistischen Prinzipien versteht sie sich als basisdemokratische und kämpferische Alternative zu den sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaften. Sie ist:

**KÄMPFERISCH:** Weil die Interessen der Arbeiter\_innen denjenigen des Kapitalist\_innen radikal entgegengesetzt sind. Weil die grossen sozialen Fortschritte nur durch soziale Kämpfe und Mobilisierungen errungen wurden.

**SELBSTBESTIMMT:** Weil Entscheidungen von den Direktbetroffenen getroffen werden sollen und nicht von Parteispitzen und Funktionär\_innen. Weil Hierarchien im Gegensatz zu einer egalitären und selbstorganisierten Gesellschaft stehen.

**SOLIDARISCH:** Weil einzig Reflexion, gegenseitige Hilfe und die berufsübergreifende Aktionen den Gruppenegoismus überwinden können.

**ANTI-KAPITALISTISCH:** Weil wir diejenigen sind, welche alle Güter herstellen und alle Dienstleistungen erbringen, sollen sich diese nach dem Wohle der Gemeinschaft orientieren und nicht nach dem Profit einiger weniger. Wir denken deshalb, dass der Syndikalismus an einem politischen Projekt für eine gerechte, egalitäre und freie Gesellschaft arbeiten muss. Das heisst an einem revolutionären Projekt.

### Schwarze Katze?

Die schwarze Katze als Symbol für selbstorganisierte Arbeitskämpfe wurde im frühen 20. Jahrhundert vom IWW-Mitglied Ralph Chaplin erschaffen. Die Katze, auch „Sab Cat“ genannt, wird heute von libertären Gewerkschaften auf der ganzen Welt als Symbol verwendet. Wir freuen uns über Kommentare, Rückmeldungen und Kontakte an:

[info@faubern.ch](mailto:info@faubern.ch) oder  
[zeitung@faubern.ch](mailto:zeitung@faubern.ch)



## Deine Rechte in der Gastronomie

# Krankheit und Unfall

**Wichtig: Wenn du wöchentlich unter 8 Stunden bei einem Betrieb arbeitest, bist du nicht versichert gegen Nicht-Berufsunfälle! Dann musst du privat eine Unfallversicherung abschliessen.**

Für ein Selbstverschulden bei Krankheit und Unfall braucht es eine sehr grobe Fahrlässigkeit (z.B. betrunken Autofahren). Sonst muss dein Chef zahlen!

Im Krankheitsfall kriegst du während maximal 60 Tagen<sup>1</sup> im Kalenderjahr 88% des Durchschnittslohnes, danach kriegst du Krankentaggeld über 80% des Lohnes. Dies betrifft mehr die Arbeitgeber\_innen, denn das Krankentaggeld ist nicht sozialabgabepflichtig. Deshalb muss dir in den 60 Tagen, in denen der Betrieb selbst zahlt, sozusagen die Sozialabgaben von 8% vergütet werden.

Bei einem **Unfall** muss dir der Chef in den ersten 2 Tagen 88% des Lohnes bezahlen. Danach sind es 80% Falls du unterstützungspflichtig bist, also gegenüber Ehegatt\_innen oder (Stief- und Pflege-) Kindern, kriegst du 100% des Lohnes für die Dauer der Berner Skala.

Berner Skala	
im 1. Jahr (über 3 Monate, tatsächlich oder vereinbart <sup>2</sup> )	→ 3 Wochen
im 2. Jahr	→ 1 Monat
im 3. und 4. Jahr	→ 2 Monate
im 5. bis 9. Jahr	→ 3 Monate
im 10. bis 14. Jahr	→ 4 Monate
im 15. bis 19. Jahr	→ 5 Monate
im 20. bis 25. Jahr	→ 6 Monate

<sup>1</sup> Die Aufschubzeit wird zwischen Versicherer\_in und Arbeitgeber\_in vereinbart.

<sup>2</sup> Da du während der Probezeit keinen Anspruch auf Entschädigung hast, gilt dies erst ab Verträgen über drei Monaten.

### Arztzeugnis

Ab dem vierten Tag brauchst du zwingend ein Arztzeugnis, je nach Versicherer\_in kann dies jedoch schon ab dem 1. Tag verlangt werden. Ohne Arztzeugnis kann dir die Leistung verweigert werden, bzw. zurückverlangt werden.

**Schwangerschaft:** Wenn du Mutter wirst, kriegst du 98 Tage nach der Geburt 80% des Lohnes, Ab dem Zeitpunkt, ab dem du vor der Geburt „krank“ geschrieben wirst, kriegst du Krankengeld bis zur Geburt selbst. Wenn du dann wieder arbeiten gehst, hast du im ersten Lebensjahr deines Kindes das Recht, dieses bezahlt (zwischen 30-90 Minuten) zu stillen oder Milch abzupumpen (siehe Dazu Arbeitsgesetz ARG Verordnung 1 Art. 60).

Auch die **notfallmässige Pflege** von Angehörigen („Unterstützungspflicht“) gilt als unverschuldete Verhinderung. Wenn zum Beispiel dein Kind schwer krank wird, dann muss dich der Betrieb entschädigen. Auch die Ausübung eines öffentlichen Amtes muss entlohnt werden, wenn du keine andere Wahl hast (z.B. Stimmzählen bei Wahlen).

weitere Infos findest du auf:

<http://faubern.ch/index.php/gastronomie.html>

oder einfach QR-Code Scannen



## Impressum

di schwarzi chatz  
Quartiergasse 17  
Postfach 2368  
3001 Bern

Auflage: 300  
Konto: 30-276725-1

erscheint 6 mal jährlich (Änderungen vorbehalten)

## Kontakt

di schwarzi chatz  
[zeitung@faubern.ch](mailto:zeitung@faubern.ch)  
FAU Bern - Syndikat aller Berufe  
[info@faubern.ch](mailto:info@faubern.ch)